

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
der Gemeinde Wasbek**

am Mittwoch, dem 17.05.2017

im Gemeindezentrum, Hauptstraße 37, 24647 Wasbek

Beginn: 19:34 Uhr

Ende: 21:07 Uhr

anwesend:

Bürgermeister

Herr Karl-Heinz Rohloff

Gemeindevertreter

Herr Michael Hollerbuhl (Vorsitz)
Herr Klaus Dahmke
Herr Michael Rohwer
Herr Thomas Omnitz
Herr Uwe Pauschardt
Herr Peter Mohr
Herr Markus Kühl bis 20:42 h, TOP 12
Herr Reiner Großer bis 20:42 h, TOP 12

außerdem anwesend

Herr Enno Meier - Schomburg (Land-
schaftsplaner) bis 20:39 h, TOP 12

drei Zuhörer bis 20:42 h, TOP 12

von der Verwaltung

Herr Halkard Krause

entschuldigt abwesend:

Frau Ulrike Tuskowski (ehrenamtliche
Gleichstellungsbeauftragte)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Änderung der Tagesordnung vom 17.05.2017
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 01.03.2017
5. Information über die am 01.03.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6. Mitteilungen und Sachstandsberichte
7. Eingaben / Einwohnerfragestunde I
8. Anfragen der Gemeindevertreter
9. Jahresrechnung 2016
Vorlage: 0079/2013/DS
10. Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes des Planungsraumes II (Sachthema Wind)
11. Einwohnerfragestunde II
12. Verschiedenes (öffentlich)

Vor der Sitzung wird dem anwesenden Herrn Doose von der Verwaltung ein Schriftstück ausgehändigt, welches ihn als ehrenamtlicher Koordinator für Flüchtlingsfragen der Gemeinde Wasbek ausweist.

1 .	Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
-----	--

Der Ausschussvorsitzende Herr Hollerbuhl eröffnet die Sitzung um 19:34 Uhr, begrüßt die anwesenden Zuhörer und Gemeindevertreter, den Bürgermeister, Herrn Meier - Schomburg vom Planungsbüro, welcher fachlich zum TOP 10 Stellung nehmen kann und Herrn Krause von der Verwaltung.

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zum Sitzungsbeginn sind alle fünf Ausschussmitglieder anwesend; der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

2 .	Anträge zur Änderung der Tagesordnung vom 17.05.2017
-----	--

Herr Hollerbuhl beantragt, bedingt durch die im Büro des Bürgermeisters durchzuführende Belegprüfung, den Tagesordnungspunkt 9 „Jahresrechnung 2016“ an das Ende der öffentlichen Sitzung zu stellen. Der TOP 9 wird dann zu TOP 12 und die anderen Tagesordnungspunkte ändern sich entsprechend.

Der Ausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt 9 am Ende der öffentlichen Sitzung als TOP 12 zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5 (einstimmig)

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

Dadurch ergibt sich die folgende, geänderte Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1.	Begrüßung, Eröffnung, Feststellung Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2.	Anträge zur Änderung der Tagesordnung vom 17.05.2017
3.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4.	Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 01.03.2017
5.	Information über die am 01.03.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6.	Mitteilungen und Sachstandsberichte
7.	Eingaben / Einwohnerfragestunde I
8.	Anfragen der Gemeindevertreter
9.	Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes des Planungsraumes II (Sachthema Wind) Vorlage: aktueller Entwurf der gemeindlichen Stellungnahme
10.	Einwohnerfragestunde II
11.	Verschiedenes (öffentlich)
12.	Jahresrechnung 2016 Vorlage: 0079 / 2013 / DS

3 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Ohne Beratungsbedarf beschließt der Ausschuss, die Tagesordnungspunkte 13 bis 18 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5 (einstimmig)
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltung: 0

4 .	Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 01.03.2017
-----	---

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes meldet sich Herr Rohwer zu Wort und äußert folgende Einwände gegen die Niederschrift zu Top 14:

1. Soll der Satz 1 nach den Worten „... bisherigen Ablaufes“ mit den Worten: „aus Sicht der BMW – Fraktion“ ergänzt werden.
2. Soll die Anlage 1 eindeutig als Schreiben der BMW – Fraktion gekennzeichnet werden.
3. Soll nach dem Satz 1 der Satz: „Die vorgetragene Meinung stößt auf Unverständnis der übrigen Ausschussmitglieder.“ eingefügt werden.

Widerspruch gegen diese Einwände erfolgt nicht. Die Verwaltung sagt eine Änderung der Niederschrift zu.

5 .	Information über die am 01.03.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Herr Hollerbuhl gibt bekannt, dass unter Top 20.1 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung am 01.03.2017 folgender Beschluss zur Koordination der Flüchtlingsarbeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasst wurde:

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, der Ausfertigung eines Arbeitsvertrages durch die Verwaltung, mit der vorliegenden Stellenbeschreibung und unter Berücksichtigung der o. g. Rahmenbedingungen zuzustimmen.

Ergänzung der Verwaltung bei Protokollerstellung:

Ferner wurde unter TOP 21 die Empfehlung an die Gemeindevertretung zur Verleihung einer Ehrenbezeichnung beschlossen.

6 .	Mitteilungen und Sachstandsberichte
-----	-------------------------------------

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass am 09.06.2017 ein weiteres Gespräch mit der Stadt Neumünster hinsichtlich der Verhandlungen über die zukünftige Verwaltungskostenpauschale geplant ist.

Nach Worterteilung berichtet der Bürgermeister, dass entgegen der Beschlussfassung der gemeindliche Koordinator für Flüchtlingsarbeit, Herr Doose die Aufgabe vollständig ehrenamtlich übernimmt. Geplant war ein geringfügiges Arbeitsverhältnis.

Herr Doose verliest den von der Verwaltung ausgestellten Berechtigungsnachweis und der Bürgermeister dankt ihm im Namen der Gemeinde für sein Engagement. Es wird applaudiert.

Herr Rohloff dankt auch den Wahlvorstehern und Wahlhelfern für die problemlose Durchführung der Landtagswahl 2017. Dazu gibt Herr Rohwer den Hinweis, sehr genau auf die Zahlen zu achten, damit bei der Meldung keine Differenzen entstehen. Zur Stimmauszählung äußern sich ferner der Bürgermeister und Herr Hollerbuhl, welcher ebenfalls von der reibungslosen Wahldurchführung berichtet.

7 .	Eingaben / Einwohnerfragestunde I
-----	-----------------------------------

Fragen werden zunächst nicht gestellt, der Ausschussvorsitzende verweist auf TOP 10.

8 .	Anfragen der Gemeindevertreter
-----	--------------------------------

Keine.

9 .	Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes des Planungsraumes II (Sachthema Wind)
-----	---

Herr Hollerbuhl ruft den Tagesordnungspunkt auf und berichtet von der Sitzung des Arbeitskreises am 10.05.2017. Dort hat man sich nochmals intensiv mit dem aktuellen Entwurf (**wurde am 15.05.2017 per E – Mail versandt und vor der Sitzung in Papierform verteilt**) beschäftigt; um den Inhalt hervorzuheben, wurden die Punkte 3 und 10 als neue Einzelpunkte aufgenommen.

Die neusten Änderungen sind grau markiert. Ein Exemplar wird Herrn Doose ausgehändigt.

Anschließend geht der Ausschussvorsitzende auf die E – Mail von Herrn Pauschardt vom 16.05.2017 ein und erläutert den systematischen Aufbau der Stellungnahme. Er weist insbesondere auf den zusätzlich eingefügten Punkt 20 hin und betont, dass alle Punkte der Stellungnahme die gleiche Gewichtung bei der Bearbeitung durch die Landesregierung erfahren.

Befremdlich findet Herr Hollerbuhl, dass Sachverhalte, die sich noch in Bearbeitung oder Abstimmung durch die Gemeindevertretung befinden, an die Öffentlichkeit getragen werden.

Nachfolgend geht er auf die starke Belastung der Gemeinde unter Punkt 11 ein.

Anschließend erläutert der anwesende Landschaftsplaner Herr Meyer-Schomburg die Begrifflichkeiten „Umfassungs- und Umzingelungswirkung“; der Ausschussvorsitzende verweist auf die in der vorgenannten Mail verwendeten Begriffe „harte Tabukriterien“ und „weiche Tabukriterien“, die im Landesentwicklungsplan eine feste Definition erfahren; weiter bittet er um Fragen an Herrn Meier – Schomburg.

Der Bürgermeister bittet um Umformulierung von Punkt 9. Es muss deutlicher werden, dass der Mindestabstand zu Windenergieanlagen die fünffache Anlagenhöhe betragen soll. Es wird folgende Umformulierung vorgeschlagen: „Es wird beantragt, dass als Abstand zu Ortslagen die fünffache Höhe der Windkraftanlagen, mindestens aber 1000 m, festgeschrieben werden soll“. Bei Punkt 2 a (Windenvorrangflächen) ist der Schreibfehler zu korrigieren.

Zu Punkt 16 und 17 äußern sich Herr Meier – Schomburg und Herr Hollerbuhl. Es geht um die Umzingelung des Waldes und die Gleichbehandlung der Bürger im Innen- und Außenbereich.

Die Frage von Herrn Hollerbuhl und Herrn Rohwer zu den brütenden Großvogelarten (Punkt 19) wird von Herrn Dahmke bejaht.

Kurz weist Herr Hollerbuhl noch auf die geringen rechtlichen Auswirkungen von Punkt 20 hin. Der Arbeitskreis hat sich jedoch mehrheitlich für eine Aufnahme in die Stellungnahme ausgesprochen.

Ferner diskutieren Herr Rohwer, Herr Rohloff und Herr Hollerbuhl die Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes.

Herr Pauschardt fordert im Hinblick auf die von der Staatskanzlei am 05.04.2017 herausgegebenen Stellungnahme, dass nachgewiesen werden muss, dass der Flächenbedarf von 1,98 % erforderlich ist, um die energiepolitischen Ziele zu erreichen.

Zu dieser Forderung nehmen Herr Rohloff und Herr Hollerbuhl mit einem Hinweis auf die Landespolitik und die Mindestabstandberechnung bei Referenzanlagen Stellung.

Herr Meier – Schomburg erklärt die Herangehensweise der Landesregierung mit dem Energiewendebedarf von 44 TW/h und der Referenzanlagenhöhe von 150 m in der aktuellen Formulierung. Ein entsprechender zusätzlicher Punkt soll in die Stellungnahme aufgenommen werden. Herr Meyer-Schomburg wird gebeten, dieses bei Frau Teske zu veranlassen.

In der anschließenden Diskussion über politische Entscheidungen, Verfassungsrecht und die gute Arbeit der Arbeitsgruppe melden sich Herr Dahmke, Herr Rohloff, Herr Pauschardt und Herr Rohwer zu Wort.

Der Ausschussvorsitzende formuliert, nachdem er nochmal auf das Mitwirkungsrecht jedes Bürgers im Planungsverfahren hingewiesen hat, folgenden Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Stellungnahme vom 12.05.2017 entspricht den Zielen der Gemeinde. Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den vorliegenden Entwurf der Stellungnahme mit den o. g. Änderungen zu beschließen und fristgerecht bis zum 30. Juni 2017 an das Land Schleswig-Holstein weiterzuleiten. Zur Gemeindevertreterversammlung am 14.06.2017 wird eine ausführliche Beschlussvorlage erstellt.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den vorliegenden Entwurf der Stellungnahme mit den o. g. Änderungen zu beschließen und fristgerecht bis zum 30. Juni 2017 an das Land Schleswig-Holstein weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

10 .	Einwohnerfragestunde II
------	-------------------------

Es werden keine Fragen gestellt.

11 .	Verschiedenes (öffentlich)
------	----------------------------

Wortmeldungen erfolgen nicht.

12 .	Jahresrechnung 2016 Vorlage: 0079/2013/DS
------	--

Herr Hollerbuhl führt in die Vorlage ein und gibt einen Überblick. Dabei verweist er insbesondere auf die Zuführung zum Vermögenshaushalt i. H. v. 422.470,- € und geht auf die

wesentlichen Positionen des Verwaltungshaushaltes bei den Mehreinnahmen/Mindereinnahmen und den Mehrausgaben/Minderausgaben ein.

Ausführlich werden die Haushaltsstellen: 3.67000.54000 Straßenbeleuchtung, 3.75000.67200 Kommunalen Friedhof, 3.70000.51000 Abwasserbeseitigung erläutert und die entsprechenden Sachverhalte erklärt. Die Nachfragen von Herrn Dahmke zu den Abschreibungen und den Anschaffungen bei der Feuerwehr werden vom Ausschussvorsitzenden beantwortet.

Herr Rohwer bittet um Erläuterung der Mindereinnahmen bei den Gewerbesteuern, HHSt. 3.90000.00300. Der Bürgermeister sagt dazu, dass es sich dabei hauptsächlich um einen säumigen Gewerbetreibenden handelt und die Beitreibungschancen eher gering sind. Analog zum Verwaltungshaushalt erläutert Herr Hollerbuhl anschließend wesentlichen Positionen bei den Mehreinnahmen/Mindereinnahmen und den Mehrausgaben/Minderausgaben des Vermögenshaushaltes. Es musste eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage i. H. v. 214.104,- € erfolgen, so dass der Bestand zum Jahresende 1.385.770,- € betrug. Das Darlehen für die Finanzierung der Sporthalle wurde bisher noch nicht benötigt; das Geld deshalb noch kurzfristig angelegt.

Herrn Dahmkes Fragen zur Abschreibung bei der HHSt.: 3.63000.68000 werden von Herrn Hollerbuhl erläutert.

In diesem Zusammenhang bittet der Bürgermeister die Verwaltung, zur nächsten Ausschusssitzung einen Abschlussbericht über die vorgenommene Bewertung des Gemeindevermögens im Zuge der Einführung der Erweiterten Kameralistik in der Gemeinde Wasbek vorzulegen.

Die Nachfragen von Herrn Dahmke zu der Verwaltungskostenpauschale und den Sonderrücklagen Friedhof und Abwasser werden vom Ausschussvorsitzenden, dem Bürgermeister und Herrn Rohwer erörtert.

Herr Hollerbuhl fragt die Ausschussmitglieder, ob schon über den Antrag der Drucksache vor der Belegprüfung abgestimmt werden kann und erhält eine positive Resonanz.

Der Ausschussvorsitzende verliest den Antrag zur Drucksache 0079/20013/DS und lässt abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, dem Antrag der Drucksache 0079/20013/DS zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5 (einstimmig)

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

Nach der herzlichen Verabschiedung von Herrn Meier – Schomburg durch den Bürgermeister hat Herr Pauschardt noch eine Ergänzung zu TOP 11 Verschiedenes:

Herr Pauschardt fragt nach einer Beteiligung der Gemeinde an der Beitragserhöhung des SV Wasbek. Dazu sagt Herr Rohloff, welcher auf der Jahreshauptversammlung des Vereins zugegen war, dass es sich um eine maßvolle Erhöhung nach 8 – 9 jähriger Beitragsstabilität handelt und das ausschließlich Sache des Vereins ist.

Es erfolgt um 20:42 h ein Raumwechsel in das Büro des Bürgermeisters zur elektronischen Belegprüfung. Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

Nach dem Raumwechsel um 20:47 h erläutert die Verwaltung mittels Internetverbindung zum Rathaus Neumünster und Leinwandprojektion die Prüfmöglichkeiten anhand von Beispielen.

Auf Zuruf werden insbesondere die Buchungen der Haushaltsstellen:

3.00000.60200 – Jahresempfang
3.58000.51010 – Grünflächenpflege
3.58000.51020 – Abfallbeseitigung
3.75000.50010 – Friedhofsanlagen

stichprobenartig geprüft.

Da keine weiteren Prüfaufträge mehr erfolgen, schließt Herr Hollerbuhl den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:07 Uhr.

gez. Michael Hollerbuhl

(Vorsitzender)

Halkard Krause

(Protokollführer)